Schweizerische Verfassung Auszüge

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 18. Mai 2014)

[Präambel](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#ani1)

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Das Schweizervolk und die Kantone,

in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung,

im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken,

im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben,

im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen,

gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen,

geben sich folgende Verfassung:

**Grundrechte:**

[Art. 10 Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a10)

1 Jeder Mensch hat das Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist verboten.

2 Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

3 Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.

[Art. 15 Glaubens- und Gewissensfreiheit](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a15)

1 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet.

2 Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen.

3 Jede Person hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören und religiösem Unterricht zu folgen.

4 Niemand darf gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen.

[Art. 16 Meinungs- und Informationsfreiheit](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a16)

1 Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.

2 Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten.

3 Jede Person hat das Recht, Informationen frei zu empfangen, aus allgemein zugänglichen Quellen zu beschaffen und zu verbreiten.

[Art. 30 Gerichtliche Verfahren](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a30)

 1 Jede Person, deren Sache in einem gerichtlichen Verfahren beurteilt werden muss, hat Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht. Ausnahmegerichte sind untersagt.

2 Jede Person, gegen die eine Zivilklage erhoben wird, hat Anspruch darauf, dass die Sache vom Gericht des Wohnsitzes beurteilt wird. Das Gesetz kann einen anderen Gerichtsstand vorsehen.

3 Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung sind öffentlich. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.

[Art. 31 Freiheitsentzug](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a31)

1 Die Freiheit darf einer Person nur in den vom Gesetz selbst vorgesehenen Fällen und nur auf die im Gesetz vorgeschriebene Weise entzogen werden.

2 Jede Person, der die Freiheit entzogen wird, hat Anspruch darauf, unverzüglich und in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe des Freiheitsentzugs und über ihre Rechte unterrichtet zu werden. Sie muss die Möglichkeit haben, ihre Rechte geltend zu machen. Sie hat insbesondere das Recht, ihre nächsten Angehörigen benachrichtigen zu lassen.

3 Jede Person, die in Untersuchungshaft genommen wird, hat Anspruch darauf, unverzüglich einer Richterin oder einem Richter vorgeführt zu werden; die Richterin oder der Richter entscheidet, ob die Person weiterhin in Haft gehalten oder freigelassen wird. Jede Person in Untersuchungshaft hat Anspruch auf ein Urteil innert angemessener Frist.

4 Jede Person, der die Freiheit nicht von einem Gericht entzogen wird, hat das Recht, jederzeit ein Gericht anzurufen. Dieses entscheidet so rasch wie möglich über die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzugs.

[Art. 32 Strafverfahren](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a32)

1 Jede Person gilt bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig.

2 Jede angeklagte Person hat Anspruch darauf, möglichst rasch und umfassend über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden. Sie muss die Möglichkeit haben, die ihr zustehenden Verteidigungsrechte geltend zu machen.

3 Jede verurteilte Person hat das Recht, das Urteil von einem höheren Gericht überprüfen zu lassen. Ausgenommen sind die Fälle, in denen das Bundesgericht als einzige Instanz urteilt.

[Art. 70 Sprachen](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a70)

1 Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes.

2 Die Kantone bestimmen ihre Amtssprachen. Um das Einvernehmen zwischen den Sprachgemeinschaften zu wahren, achten sie auf die herkömmliche sprachliche Zusammensetzung der Gebiete und nehmen Rücksicht auf die angestammten sprachlichen Minderheiten.

3 Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften.

4 Der Bund unterstützt die mehrsprachigen Kantone bei der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben.

5 Der Bund unterstützt Massnahmen der Kantone Graubünden und Tessin zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache.

[Art. 72 Kirche und Staat](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a72)

1 Für die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat sind die Kantone zuständig.

2 Bund und Kantone können im Rahmen ihrer Zuständigkeit Massnahmen treffen zur Wahrung des öffentlichen Friedens zwischen den Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften.

3 Der Bau von Minaretten ist verboten.[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a72-1)

[**Minarett** n. ‘Turm einer Moschee’, anfangs (Ende 18. Jh.) *Minaret*, Übernahme von frz. *minaret* (älter *mineret*). Dies ist entlehnt aus gleichbed. türk. *mināre*, das seinerseits auf arab. *manāra*, eigentl. ‘Leuchtfeuer, Leuchtturm’, beruht. Eine um die Mitte des 18. Jhs. im Dt. bezeugte Form*Minares* (wohl Plur.) dürfte direkt auf das Türk. zurückgehen.=**torres de mezquitas]**

[Art. 123](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a123)[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a123-1)[Strafrecht](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a123)

1 Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Strafrechts und des Strafprozessrechts ist Sache des Bundes.

2 Für die Organisation der Gerichte, die Rechtsprechung in Strafsachen sowie den Straf- und Massnahmenvollzug sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht.

3 Der Bund kann Vorschriften zum Straf- und Massnahmenvollzug erlassen. Er kann den Kantonen Beiträge gewähren:

a.für die Errichtung von Anstalten;

b.für Verbesserungen im Straf- und Massnahmenvollzug;

c.an Einrichtungen, die erzieherische Massnahmen an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vollziehen.[2](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html%22%20%5Cl%20%22fn-#a123-2)

## 2. Kapitel: Initiative und Referendum

##### [**Art. 138** Volksinitiative auf Totalrevision der Bundesverfassung](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a138)

1 100 000 Stimmberechtigte können innert 18 Monaten seit der amtlichen Veröffentlichung ihrer Initiative eine Totalrevision der Bundesverfassung vorschlagen.[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a138-1)

2 Dieses Begehren ist dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , in Kraft seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960).

##### [**Art. 139**](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a139)[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a139-1)[Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a139)

1 100 000 Stimmberechtigte können innert 18 Monaten seit der amtlichen Veröffentlichung ihrer Initiative eine Teilrevision der Bundesverfassung verlangen.

2 Die Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung kann die Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs haben.

3 Verletzt die Initiative die Einheit der Form, die Einheit der Materie oder zwingende Bestimmungen des Völkerrechts, so erklärt die Bundesversammlung sie für ganz oder teilweise ungültig.

4 Ist die Bundesversammlung mit einer Initiative in der Form der allgemeinen Anregung einverstanden, so arbeitet sie die Teilrevision im Sinn der Initiative aus und unterbreitet sie Volk und Ständen zur Abstimmung. Lehnt sie die Initiative ab, so unterbreitet sie diese dem Volk zur Abstimmung; das Volk entscheidet, ob der Initiative Folge zu geben ist. Stimmt es zu, so arbeitet die Bundesversammlung eine entsprechende Vorlage aus.

5 Eine Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Initiative zur Annahme oder zur Ablehnung. Sie kann der Initiative einen Gegenentwurf gegenüberstellen.

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20090927/index.html) , in Kraft seit 27. Sept. 2009 (BB vom 19. Dez. 2008, BRB vom 1. Dez. 2009 - [AS **2009** 6409](http://www.admin.ch/ch/d/as/2009/6409.pdf);[BBl **2008** 2891](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2008/2891.pdf) 2907, **2009** 13 8719).

##### [**Art. 139**a](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a139a)[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a139a-1)

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002**6485, **2003** 3111). Aufgehoben in der [Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20090927/index.html), mit Wirkung seit 27. Sept. 2009 (BB vom 19. Dez. 2008, BRB vom 1. Dez. 2009 - AS **2009** 6409; BBl **2008** 2891 2907, **2009** 13 8719). Dieser Art. in der Fassung des BB vom 4. Okt. 2002 ist nie in Kraft getreten.

##### [**Art. 139**b](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a139b)[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a139b-1)[Verfahren bei Initiative und Gegenentwurf](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a139b)

1 Die Stimmberechtigten stimmen gleichzeitig über die Initiative und den Gegenentwurf ab.[2](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a139b-2)

2 Sie können beiden Vorlagen zustimmen. In der Stichfrage können sie angeben, welcher Vorlage sie den Vorrang geben, falls beide angenommen werden.

3 Erzielt bei angenommenen Verfassungsänderungen in der Stichfrage die eine Vorlage mehr Volks- und die andere mehr Standesstimmen, so tritt die Vorlage in Kraft, bei welcher der prozentuale Anteil der Volksstimmen und der prozentuale Anteil der Standesstimmen in der Stichfrage die grössere Summe ergeben.

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , Abs. 2 und 3 in Kraft seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960). Abs. 1 in der Fassung des BB vom 4. Okt. 2002 ist nie in Kraft getreten.
2 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20090927/index.html) , in Kraft seit 27. Sept. 2009 (BB vom 19. Dez. 2008, BRB vom 1. Dez. 2009 - [AS **2009** 6409](http://www.admin.ch/ch/d/as/2009/6409.pdf);[BBl **2008** 2891](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2008/2891.pdf) 2907, **2009** 13 8719).

##### [**Art. 140** Obligatorisches Referendum](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a140)

1 Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

a.

die Änderungen der Bundesverfassung;

b.

der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;

c.

die dringlich erklärten Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt; diese Bundesgesetze müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.

2 Dem Volk werden zur Abstimmung unterbreitet:

a.

die Volksinitiativen auf Totalrevision der Bundesverfassung;

abis.[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a140-1)

…

b.[2](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a140-2)

die Volksinitiativen auf Teilrevision der Bundesverfassung in der Form der allgemeinen Anregung, die von der Bundesversammlung abgelehnt worden sind;

c.

die Frage, ob eine Totalrevision der Bundesverfassung durchzuführen ist, bei Uneinigkeit der beiden Räte.

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002**6485, **2003** 3111). Aufgehoben in der [Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20090927/index.html), mit Wirkung seit 27. Sept. 2009 (BB vom 19. Dez. 2008, BRB vom 1. Dez. 2009 - AS **2009** 6409; BBl **2008** 2891 2907, **2009** 13 8719). Dieser Bst. in der Fassung des BB vom 4. Okt. 2002 ist nie in Kraft getreten.
2 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20090927/index.html) , in Kraft seit 27. Sept. 2009 (BB vom 19. Dez. 2008, BRB vom 1. Dez. 2009 - [AS **2009** 6409](http://www.admin.ch/ch/d/as/2009/6409.pdf);[BBl **2008** 2891](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2008/2891.pdf) 2907, **2009** 13 8719).

##### [**Art. 141** Fakultatives Referendum](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a141)

1 Verlangen es 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt:[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a141-1)

a.

Bundesgesetze;

b.

dringlich erklärte Bundesgesetze, deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt;

c.

Bundesbeschlüsse, soweit Verfassung oder Gesetz dies vorsehen;

d.

völkerrechtliche Verträge, die:

1.

unbefristet und unkündbar sind,

2.

den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen,

3.[2](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a141-2)

wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.

2 …[3](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a141-3)

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , in Kraft seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960).
2 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , in Kraft seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960).
3 Aufgehoben in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , mit Wirkung seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960).

##### [**Art. 141**a](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a141a)[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a141a-1)[Umsetzung von völkerrechtlichen Verträgen](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a141a)

1 Untersteht der Genehmigungsbeschluss eines völkerrechtlichen Vertrags dem obligatorischen Referendum, so kann die Bundesversammlung die Verfassungsänderungen, die der Umsetzung des Vertrages dienen, in den Genehmigungsbeschluss aufnehmen.

2 Untersteht der Genehmigungsbeschluss eines völkerrechtlichen Vertrags dem fakultativen Referendum, so kann die Bundesversammlung die Gesetzesänderungen, die der Umsetzung des Vertrages dienen, in den Genehmigungsbeschluss aufnehmen.

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 9. Febr. 2003](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030209/index.html) , in Kraft seit 1. Aug. 2003 (BB vom 4. Okt. 2002, BRB vom 25. März 2003, BB vom 19. Juni 2003 - [AS **2003** 1949](http://www.admin.ch/ch/d/as/2003/1949.pdf); [BBl **2001** 4803](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2001/4803.pdf) 6080, **2002** 6485, **2003** 3111 3954 3960).

##### [**Art. 142** Erforderliche Mehrheiten](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a142)

1 Die Vorlagen, die dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden, sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden sich dafür ausspricht.

2 Die Vorlagen, die Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden, sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Stände sich dafür aussprechen.

3 Das Ergebnis der Volksabstimmung im Kanton gilt als dessen Standesstimme.

4 Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden haben je eine halbe Standesstimme.

## Bundesversammlung

### 1. Abschnitt: Organisation

##### [**Art. 148** Stellung](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a148)

1 Die Bundesversammlung übt unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen die oberste Gewalt im Bund aus.

2 Die Bundesversammlung besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat; beide Kammern sind einander gleichgestellt.

##### [**Art. 149** Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a149)

1 Der Nationalrat besteht aus 200 Abgeordneten des Volkes.

2 Die Abgeordneten werden vom Volk in direkter Wahl nach dem Grundsatz des Proporzes bestimmt. Alle vier Jahre findet eine Gesamterneuerung statt.

3 Jeder Kanton bildet einen Wahlkreis.

4 Die Sitze werden nach der Bevölkerungszahl auf die Kantone verteilt. Jeder Kanton hat mindestens einen Sitz.

##### [**Art. 150** Zusammensetzung und Wahl des Ständerates](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a150)

1 Der Ständerat besteht aus 46 Abgeordneten der Kantone.

2 Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wählen je eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten; die übrigen Kantone wählen je zwei Abgeordnete.

3 Die Wahl in den Ständerat wird vom Kanton geregelt.

## Bundesrat und Bundesverwaltung

### 1. Abschnitt: Organisation und Verfahren

##### [**Art. 174** Bundesrat](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a174)

Der Bundesrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes.

##### [**Art. 175** Zusammensetzung und Wahl](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a175)

1 Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern.

2 Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.

3 Sie werden aus allen Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrates wählbar sind, auf die Dauer von vier Jahren gewählt.[1](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a175-1)

4 Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.[2](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#fn-#a175-2)

1 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 7. Febr. 1999](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19990207/index.html) , in Kraft seit 1. Jan. 2000 (BB vom 9. Okt. 1998, BRB vom 2. März 1999 - [AS **1999** 1239](http://www.admin.ch/ch/d/as/1999/1239.pdf); BBl**1993** IV 554, **1994** III 1370, **1998** 4800, **1999** 2475 8768).
2 Angenommen in der [Volksabstimmung vom 7. Febr. 1999](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19990207/index.html) , in Kraft seit 1. Jan. 2000 (BB vom 9. Okt. 1998, BRB vom 2. März 1999 - [AS **1999** 1239](http://www.admin.ch/ch/d/as/1999/1239.pdf); BBl**1993** IV 554, **1994** III 1370, **1998** 4800, **1999** 2475 8768).

##### [**Art. 176** Vorsitz](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a176)

 1 Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident führt den Vorsitz im Bundesrat.

2 Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident und die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Bundesrates werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundesrates auf die Dauer eines Jahres gewählt.

3 Die Wiederwahl für das folgende Jahr ist ausgeschlossen. Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident kann nicht zur Vizepräsidentin oder zum Vizepräsidenten des folgenden Jahres gewählt werden.

# Revision der Bundesverfassung und Übergangsbestimmungen

## 1. Kapitel: Revision

##### [**Art. 192** Grundsatz](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a192)

1 Die Bundesverfassung kann jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden.

2 Wo die Bundesverfassung und die auf ihr beruhende Gesetzgebung nichts anderes bestimmen, erfolgt die Revision auf dem Weg der Gesetzgebung.

##### [**Art. 193** Totalrevision](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a193)

1 Eine Totalrevision der Bundesverfassung kann vom Volk oder von einem der beiden Räte vorgeschlagen oder von der Bundesversammlung beschlossen werden.

2 Geht die Initiative vom Volk aus oder sind sich die beiden Räte uneinig, so entscheidet das Volk über die Durchführung der Totalrevision.

3 Stimmt das Volk der Totalrevision zu, so werden die beiden Räte neu gewählt.

4 Die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts dürfen nicht verletzt werden.

##### [**Art. 194** Teilrevision](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a194)

1 Eine Teilrevision der Bundesverfassung kann vom Volk verlangt oder von der Bundesversammlung beschlossen werden.

2 Die Teilrevision muss die Einheit der Materie wahren und darf die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts nicht verletzen.

3 Die Volksinitiative auf Teilrevision muss zudem die Einheit der Form wahren.